

POLEN

Bündnis der Populisten



Andrzej Lepper, wie er sich selbst gern sieht: Ob der Anführer der rechtspopulistischen Partei Samoobrona seinen Kleidungsstil auch im Brüsseler Ministerrat beibehält? (Bild: Lepper-Forum)

Sieben Monate nach den Wahlen gehen die Rechtskonservativen in Polen eine Koalition mit rechtsextremen Parteien ein.

Ein demagogischer Krimineller und ein berüchtigter Nationalist vertreten von nun an Polen im Brüsseler Ministerrat. Alle Partner der Europäischen Union schweigen jedoch zur neuen Regierung in Polen. So kamen diesmal lediglich von der polnischen EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner kritische Worte. "Polen ist ein so wichtiges Mitgliedsland, eine so große Gesellschaft in Europa, dass wir alle auf das blicken, was dort passiert, und jetzt sind wir alle ein wenig besorgt, was morgen und übermorgen sein wird", bekannte die parteilose Politikerin in der vorigen Woche in Warschau. Für Polen ist es der Kommissarin zufolge jetzt wichtig, den Partnern in der EU zu sagen: "Fürchte dich nicht, Europa, alles wird gut."

Doch die neue rechts-nationalistische Regierung verkündet eine andere Botschaft. Am Freitag der vorvergangenen Woche holten die anfangs allein regierenden Rechtskonservativen der Partei Recht und Gerechtigkeit (Pis) die Extremisten ins Kabinett, um sich gut sieben Monate nach den Wahlen endlich eine Mehrheit im Parlament zu sichern. Sowohl der Anführer der rechtspopulistischen Partei Samoobrona, Andrzej Lepper, als auch der Vorsitzende der rechtsextremen Liga der Polnischen Familien (LPR), Roman Giertych, stiegen zu stellvertretenden Ministerpräsidenten auf. Beide erhielten zudem mit dem Landwirtschafts-

dem Bildungsministerium ihre Wunschressorts.

Damit dankte der Vorsitzende der Pis, Jaroslaw Kaczynski, beiden Parteien für die bisherige Unterstützung der Minderheitsregierung. Bereits im November hatten die Partei Samoobrona und die LPR Kazimierz Marcinkiewicz von der Pis ins Amt des Ministerpräsidenten verholfen. Mit der Aufnahme der beiden rechten Parteien in die Regierung zögerte die Pis jedoch. Schließlich verachteten sich die Anführer der drei Parteien lange Zeit. Fast zwei Drittel der Bürger lehnen Umfragen zufolge die Beteiligung von Lepper und Giertych an der Regierung ab.

So brauchte die Pis einen Vorwand. Sie beantragte Neuwahlen im Wissen, dass sie dafür nicht die nötige Zweidrittel-Mehrheit erhalten würde. Denn die Abgeordneten wollten nicht ihren Sitz riskieren oder versprachen sich, wie die größte Oppositionspartei, die konservativ-liberale Bürgerplattform (PO), von späteren Wahlen mehr. So konnte die Pis anschließend die rechtsnationalistische Koalition als den "einzigen Weg aus der Krise" darstellen.

Gegen Lepper und Giertych in der Regierung protestierten vor allem Schüler und Studenten. Schon am Tag, als Staatspräsident Lech Kaczynski, der Zwillingbruder des Vorsitzenden der Regierungspartei, Jaroslaw Kaczynski, die Extremisten als Minister vereidigte, steckten sich Hunderte Warschauer Stroh in die Schuhe. Angeführt von einem früheren liberalen Oberbürgermeister veräppelten sie Lepper als Provinzbauern und sangen auf der Demonstration: "So ein Prolo".

Zaghafter Protest

Vier Tage später zogen 2.000 junge Leute von der Warschauer Universität zum Parlament. Am vorvergangenen Wochenende gab es Demonstrationen in zehn Großstädten unter dem Motto: "Wir sind wütend". Zu ihnen rief eine spontan gebildete Gruppe von Jugendlichen auf, die keiner Partei angehören.

Auch der parteilose Außenminister Stefan Meller legte aus Protest gegen Lepers Eintritt in die Regierung sein Amt nieder. Erst nach anderthalb Wochen ernannte Präsident Kaczynski eine Nachfolgerin: die bisherige Vizeministerin Anna Fotyga von der Pis. Viel Erfahrung bringt die neue Außenministerin, die früher Europaabgeordnete war, nicht mit. Lech Kaczynski hält jedoch viel

von ihr. Schon 1981 war sie seine Mitarbeiterin in der Gewerkschaft Solidarnosc. In Polen gilt sie deshalb als Unterstützerin des Präsidenten in der Regierung, der nun der wahre Außenminister sei.

Eine der Hauptaufgaben der neuen Ministerin wird es sein, im Ausland Vertrauen zu gewinnen. Zu schlecht ist der Ruf von Lepper und Giertych. Die gegen Diskriminierung kämpfende US-amerikanische Organisation Anti-Defamation League warf Lepper und Giertych "Sympathie für rassistische und antisemitische Sichtweisen" vor. Lepper arbeite mit einer antisemitischen Privathochschule in der ukrainischen Hauptstadt Kiew zusammen, die ihm vor zwei Jahren die Ehrendoktorwürde verlieh. Lepper selbst erklärt hingegen, er dulde bei Samoobrona keinen Antisemitismus. Die von ihm autoritär geführte Organisation gehört zu den reichsten Parteien Polens. Häufig macht sie Stimmung gegen die USA. Ein Abgeordneter schimpfte kürzlich: "Die heutige amerikanische Besatzung in Polen ist schlimmer als die sowjetische."

Just zum Antritt Leppers im Landwirtschaftsministerium verurteilte ein Berufungsgericht ihn wegen übler Nachrede zu einer 15-monatigen Bewährungsstrafe. Denn er hatte im Jahr 2001 im Parlament sozialdemokratische und rechtsliberale Politiker pauschal der Korruption bezichtigt. Der Ministerpräsident Marcinkiewicz nahm das Urteil gelassen und sprach nur von einer "unangenehmen Situation".

Lepper dürfte es schwer fallen, die Bewährungsauflage des Gerichts, fünf Jahre lang niemanden zu verleumden, einzuhalten. Beim Einzug ins Kabinett ging er den parteilosen Außenminister Stefan Meller hart an und provozierte so dessen Rücktritt. "Der Minister macht aus sich keinen ernsthaften Menschen, um nicht zu sagen einen Narren", beschimpfte Lepper ihn.

Giertychs klerikalnationalistische LPR hat so viele junge Abgeordnete wie keine andere Partei. Ihr Minister für Meereswirtschaft und Fischerei, Rafal Wiechecki, ist gerade mal 27 Jahre alt. In Umfragen liegen die klerikalen Nationalisten bei nur noch fünf Prozent. Bei den Wahlen bekamen sie noch acht Prozent. Polen drohe in der EU die "deutsche Kolonisierung", der "polnische Boden" würde ausverkauft, warnte die Partei noch im vorigen Jahr.

Oliver Hinz

EU-LATEINAMERIKA

Servus in Wien!

Auf dem EU-Lateinamerikagipfel blieb es bei Absichtserklärungen. Menschenrechte spielten keine Rolle.

Wirklich glauben mochte man den Sätzen von Anfang an nicht. "Servus in Wien", hieß es auf zahlreichen Plakatwänden, auf denen die Regierung Österreichs letzte Woche ihre Gäste begrüßte. Und dann: "Willkommen Bolivien". Oder: "Willkommen Venezuela". Doch spätestens im Verlauf des 4. EU-Lateinamerikagipfels dürfte von der vermeintlichen Freude über diese Besucher wenig geblieben sein. Schließlich sorgten die Präsidenten Boliviens und Venezuelas, Evo Morales und Hugo Chávez, auf dem Treffen der 60 Staatshäupter für erheblichen Unmut.

Chávez zog den Besuch im linken Zentrum Arena einem abendlichen Essen mit dem österreichischen Präsidenten Heinz Fischer vor. Morales stellte gleich am ersten Tag klar, dass seine Regierung nach der jüngst verkündeten Verstaatlichung der Energieressourcen nicht mit den "Betrügern" der internationalen Ölfirmen verhandeln müsse. "Es ist das Recht eines Volkes, seine Bodenschätze zu verteidigen", sagte er. Damit stieß Morales auch die brasilianischen Vertreter vor den Kopf. Schließlich ist der staatseigene Betrieb Petrobras intensiv an der Ausbeutung der Energiereserven des Andenlandes beteiligt. In den vergangenen Wochen gab es mehrere Zerwürfnisse dieser Art in Lateinamerika. Jüngst hat Chávez angekündigt, aus dem Andenpakt (CAN) auszusteigen. Damit steht das Bündnis, dem auch Peru, Kolumbien, Ecuador und Bolivien angehören, auf wackligen Füßen. Zudem gab es Krach im Mercosur. Paraguay und Uruguay setzen im Gegensatz zu Argentinien und Brasilien auf mehr wirtschaftliche Annäherung an die USA.

Folglich blieb es auch in Wien in Sachen engere Kooperation bei Absichtserklärungen. Denn solche Streitigkeiten gehören neben der Weigerung der EU, ihre Agrarzölle abzubauen, zu den Hindernissen angestrebter Freihandelsabkommen. Schließlich wollen die Europäer lieber mit Blöcken wie dem CAN oder dem Mercosur verhandeln. Bislang gibt es nur bilaterale Verträge mit Chile und Mexiko. Dem mexikanischen Präsidenten Vicente Fox blieb es denn auch vorbehalten, die Vorteile des liberalisierten Marktes anzupreisen. "Diese Öffnung hat Arbeitsplätze und Einkommen für die Menschen geschaffen", sagte der Staatshaupt. Dass die Fox-Regierung unter heftiger Kritik steht, nachdem jüngst Demonstranten von der Polizei misshandelt worden sein sollen, störte die Wiener Verhandlungen nicht. Dabei haben die Europäer im Kooperationsvertrag mit Mexiko explizit eine Menschenrechtsklausel festgeschrieben.

Doch jene Verbindung von Freihandel und Menschenrechten, welche die Verträge mit der EU angeblich von jenen mit dem Konkurrenten USA unterscheidet, hat ohnehin keine Konsequenzen. "Seit acht Jahren warten wir darauf, dass das dafür notwendige Gremium geschaffen wird", erklärte Maria Atilano vom globalisierungskritischen Netzwerk ALC auf dem Alternativengipfel. Dieses Treffen, an dem rund 200 Organisationen aus Lateinamerika und Europa teilnahmen, fand parallel zum Gipfel der Staatshäupter statt. Die Themen: Freihandel, Militarisierung, Menschenrechte, Auslandsschulden. Ein "Permanentes Tribunal der Völker" setzte europäische Konzerne auf die Anklagebank und warf ihnen Missachtung von Umwelt-, Arbeits- oder indigenen Rechten vor. Die Ergebnisse des Gerichts sollen nun dazu beitragen "soziale, ökologische und ArbeiterInnenbewegungen in beiden Regionen zu stärken".

Weniger auf Bewegung als auf Regierungsmacht setzten die Alternativen auf ihrer abschließenden Veranstaltung. Venezolanische, kubanische und bolivianische Fähnchen dominierten das Bild, ein Vertreter der Regierung Kubas versicherte vor 1.300 Zuschauern: "Wir werden siegen". Die letzten Worte blieben den Stars der globalisierungskritischen Szene überlassen: Unter großen Beifall gaben "Evo" und "Chávez", die enfants terribles der hohen Politik, ihr Abschlussdebüt gegen Freihandel und für Verstaatlichung der heimischen Ressourcen. Ein "Servus in Wien" war ihnen dort sicher.

Wolf-Dieter Vogel

Wolf-Dieter Vogel war für die woxx in Wien.

Oliver Hinz ist freier Journalist und lebt in Warschau.